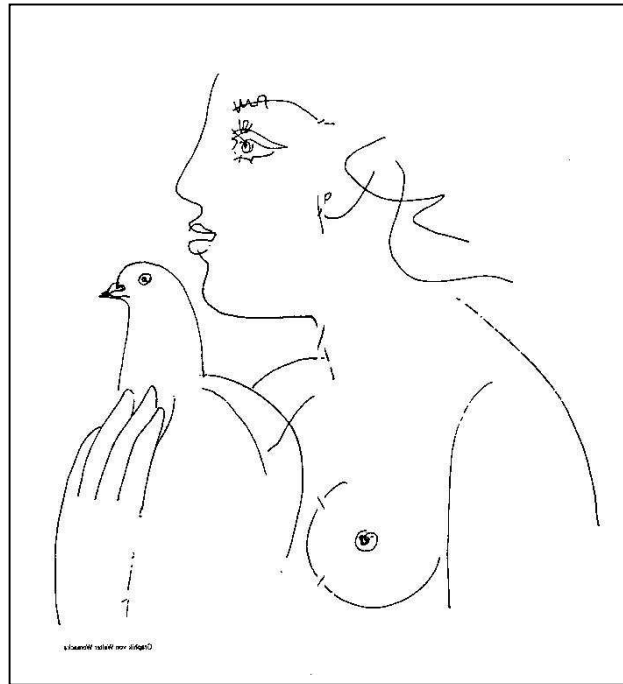


# **Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion**

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 35



## **Umsiedlungen Deutscher 1945/46**

### **Recht oder Rache**

von

Lorenz Knorr, Frankfurt/M.

Redaktionsschluss: 01.04.2007

---

c/o **Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.**

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de



Der Autor, Lorenz Knorr, wurde 1921 in Eger/CSR geboren. Frühzeitig in der sozialistischen Jugend organisiert, nahm er aktiv am Kampf gegen die Zerstörung der demokratischen CSR durch die deutschen Faschisten und ihre Helfershelfer teil. Als Zeitzeuge benennt er in dieser Schrift historische Entwicklungen und Fakten, die eine wesentliche Grundlage für den Beschluss der Repräsentanten der Antihitlerkoalition im Potsdamer Abkommen waren, die deutschen Bürger aus dem Gebiet der CSR auszusiedeln. Es sind historische Entwicklungen und Fakten, die heute in der BRD durch den „Bund der Vertriebenen“, die Aktivitäten des „Zentrums gegen Vertreibung“ aber auch von Vertretern des politischen Mainstreams verschwiegen oder verfälscht werden. Er weist nach, dass der auch hier betriebene Geschichtsrevisionismus sich gegen ein friedliches Miteinander der Völker in Europa richtet. Lorenz Knorr hat sich durch seinen politischen Kampf, durch sein vielseitiges publizistisches Wirken in der BRD hohes Ansehen als Antifaschist und Friedenskämpfer erworben. Die Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums bedankt sich bei ihm, dass er ihr diesen Text zu Verfügung gestellt hat.

## Provokationen zur Ablenkung von NS-Verbrechen

Das vom Bund der Vertriebenen (BdV) geplante „Zentrum gegen Vertreibung“ provozierte von Anfang an eine massive Gegnerschaft im In- und Ausland. Zu offensichtlich ist der Versuch, NS-Täter (selbst hochbelastete!) nach der totalen Kapitulation des faschistischen Deutschlands am 8./9. Mai 1945 als beklagenswerte Opfer erscheinen zu lassen, soweit sie aus Polen und der ČSR stammten. Verknüpft mit dem Verschweigen aktiver Mittäterschaft an schwersten Gewaltverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben Repräsentanten des BdV schon in Zeiten feindlicher Konfrontation in Europa die an Zynismus kaum zu überbietende Forderung an die ČSR und an Polen „Rückgabe oder Entschädigung“. Die Opfer der NS-Aggressionen sollten also ihren Okkupanten entweder hohe Summen erstatten oder sie nach der Aussiedlung dort wohnen lassen, von wo sie ihr menschenverachtendes Werk begingen! Dies ist verknüpft mit dem Versuch, die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts umzuinterpretieren und faschistischen Terror zu bagatellisieren oder im Dunkel der Historie verschwinden zu lassen.

Selbst wenn unter dem Eindruck fundierter Kritik nun der Plural benutzt wird: „Zentrum gegen Vertreibungen“ und die Umsiedlung schuldiger Deutscher gleichgesetzt wird mit Migrationen, die völlig andere Ursachen hatten: am Charakter der geplanten Ausstellung ändert sich nichts! Verschwiegen wird, dass die von den Türken vertriebenen Armenier oder die von Deutschen gequälten und vertriebenen Juden (soweit man sie nicht in Vernichtungslager deportierte!) nicht an der Zerstörung einer bürgerlichen Demokratie zu Gunsten der faschistischen Diktatur bzw. an Verbrechen beteiligt waren, wie etwa ca. 80 % der Deutschen aus der ČSR.

Frau Steinbach, Vorsitzende des BdV und Rechtsaußen in der Bundestags-Fraktion der CDU, belegt ihr von Fakten kaum beeinflusstes Geschichtsbild mit der erschreckenden Gleichsetzung der Vernichtungslager Auschwitz, Sobibor, Maidanek und Treblinka mit der von ihren Ursachen abgetrennten Umsiedlung Deutscher nach ~~1945~~ 1945! „Im Grunde genommen ergänzen sich die Themen Juden und Vertriebene ... Dieser entmenschte Rassenwahn hier wie dort, der soll Thema unseres Zentrums sein“!! Sie unterstellt damit den Signatarmächten des Potsdamer Abkommens vom 02.08.1945, mit dem die Umsiedlungen geregelt wurden, denselben Rassenwahn, der dem Ho-

locaust und der Abwertung slawischer Völker als „Untermenschen“ zu Grunde lag. Roosevelt, Stalin und Churchill bzw. Attlee als Unterzeichner und Garanten des Potsdamer Abkommens der Siegermächte gleich Hitler?! Die Existenz des Potsdamer Abkommens bleibt jedoch stets ausgeklammert.

### **Unterminierte Sicherheit in Nachbarstaaten**

Bereits im Deutschen Kaiserreich des 19. Jahrhunderts trachteten völkische und deutschnationale Akteure in Staat und Gesellschaft, die „Volksdeutschen“ in anderen Staaten für die machtpolitischen Ziele des deutschen Imperialismus zu instrumentalisieren. Der „Verein für die Auslandsdeutschen“ (VDA) bündelte diese Kräfte. Deutsche Minderheiten in anderen Staaten sollten im Widerspruch zu ihren dortigen Verpflichtungen für die reichsdeutschen Herrschaftsinteressen wirken, also Landesverrat begehen! In Polen, Böhmen, West-Frankreich, West-Belgien, Holland, Süd-Dänemark, Kroatien, Serbien, Ungarn und Rumänien versuchte der VDA, die „Volksdeutschen“ auf die „Stimme des Blutes“ einzuschwören. Jeder sollte wissen, wer „Feind“ ist und wer zur „Sippe“ gehört. Die „deutsche Sprache als Herz des Volkes“ sei als eigenständiges Kulturgut zu pflegen wie auch altdeutsche Gebräuche. Besonders der national-liberale Historiker H. v. Treitschke, MdR, trat in den „Preußischen Jahrbüchern“ für solche Praktiken ein, vermischt mit Antisemitismus. Die osteuropäischen Völker verkörperten die „Barbarei“; sie bedürften der Deutschen als „Bezwinger, Lehrer und Zuchtmeister“!<sup>1</sup>

Die Zu-spät-Gekommenen bei der Nationbildung und Reichsgründung sowie beim (räuberischen) Erwerb von Kolonien - ein Ergebnis der Kleinstaaterei egoistischer deutscher Fürsten!<sup>2</sup> - benötigten offenbar eine massenpsychologische Kompensation: Sie empfanden sich als „Herrenmenschen“ über die „minderwertigen Rassen“ in Osteuropa.

Diese Saat ging beim deutschen Bürgertum auf, während die aufstrebende international orientierte Arbeiterbewegung relativ immun gegen derartige Über- und Abwertungen im Kampf um qualitativ

---

<sup>1</sup> W. v. Goldenach/H. R. Mirnow, *Deutschtum erwache!*, Berlin 1994, S. 87 ff.

<sup>2</sup> Vgl. F. Mehring, *Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters*, Berlin 1956. J. Streisand, *Deutsche Geschichte*, Köln 1972, S. 80 ff.

bessere materielle und kulturelle Lebensbedingungen<sup>3</sup> operierte.

Die Niederlage der Mittelmächte 1918 änderte an der Arbeit des VDA nur wenig. Angriffsobjekt aller auf Revanche bedachten Kräfte, also auch der Aktivisten des VDA, blieben die Verträge von Versailles und St. Germain sowie deren Produkte – selbstständige Vielvölkerstaaten, die nach der Erosion des Habsburger- und Hohenzollern-Reiches entstanden – vor allem die ČSR und Jugoslawien. Mit der Losung „Selbstbestimmung der Deutschen“ trachtete man in der ČSR, in Polen (das die Posener Region und einen Teil West-Preußens als Kriegsentschädigung erhielt) sowie in anderen Staaten neuen Einfluss zu erreichen. 1920 traten 120 Verbände dem „Deutschen Schutzbund für Grenz- und Auslandsdeutsche“ bei mit deutlichen Einmischungsbestrebungen in die Belange anderer souveräner Staaten. Der „Zusammenschluss des gesamten deutschen Volkstums zur lebendigen Kulturgemeinschaft“ galt als Ziel.

100 Millionen Germanen, von denen 60 Millionen in Deutschland und Österreich lebten sowie 34 Millionen in der ČSR, in Polen, Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Frankreich, Italien, der Schweiz, Lettland, Russland und Luxemburg nannte das Jahrbuch 1922 des VDA als Grundlage für eine „Schöpfung des Einheitsblocks des Deutschtums in Mitteleuropa“. Gesteuert vom Auswärtigen Amt und finanziert von Bank- und Industriekreisen strebten die ca. 1 Million Mitglieder des VDA einen „neuen deutschen Volksstaat“ an und versuchten die „Volksdeutschen“ in Nachbarstaaten dafür zu gewinnen. Das „Imperium Germanicum“ und die Welt sollten synonym werden! Der deutsche Imperialismus als neue Stufe profitwirtschaftlicher Warenproduktion und Unterdrückung zeigte massive Expansionsbestrebungen!

Der Einfluss der zunächst unbedeutenden NSDAP auf den VDA wuchs während der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932. „Es ist unser nicht würdig, nach Versöhnung zu rufen!“ artikulierten die Gegner des Versailler Vertrags; diese „Schande für die Deutschen“ blieb zu tilgen ebenso wie die neuen Staatsgründungen, die er mit sich brachte. Kaum mit friedlichen Mitteln!<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. A. Bebel, *Aus meinem Leben*, 3 Bde., Berlin 1946. W. Tschubinski, Wilhelm Liebknecht; eine Biografie, Berlin 1973. Autoren, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 6 Bde., Berlin 1966 ff.

<sup>4</sup> Wie Fußnote 1, S. 129

Nach solchen Vorarbeiten – auch in der Weimarer Republik! – konnte man nach 1933 eine Art Massenpsychose schaffen: unter vielen „Volksdeutschen“ in anderen Staaten. Wo politische Vernunft durch Mythen und angepeitschte Emotionen verdrängt wurde, war der Boden bereit für Verbrechen an der Menschlichkeit und für Raub- bzw. Vernichtungskriege. Die Dreieinigkeit von deutschen Kapitalherren, NS-Führungs-Clique und Generalität hatte den Weg frei!<sup>5</sup> Die Vorbereitungen für avisierte Eroberungen zur gewaltsamen „Schaffung neuen Lebensraumes für das benachteiligte deutsche Volk“ mobilisierten nun auch deutsche Minderheiten in anderen Staaten, zumindest Teile von diesen. Nun beschwor man nicht nur „deutsches Blut“, sondern auch die siegreiche „nationalsozialistische Weltanschauung des Tausendjährigen Reiches“.<sup>6</sup>

### **Erster Staat der Tschechen in ihrer langen Geschichte**

Der Vielvölkerstaat Tschechoslowakische Republik (ČSR) entstand nach langen Emanzipationskämpfen der Tschechen und durch den Versailler Vertrag von 1918. Nun sah dieses Volk nach der verlorenen Schlacht am Weißen Berg bei Prag gegen die kaiserlichen Truppen der Habsburger im Jahre 1618 und der dann anhaltenden „Finsternis“ diese endlich überwunden. Der Zerfall des Habsburger Reiches nach dem Ersten Weltkrieg brachte verspätet für Mitteleuropa das Ende der Herrschaft von Thron und Altar. Etwa 15 Millionen Einwohner zählte der neue Staat, davon über 6 Millionen Tschechen, die seit dem 9. Jahrhundert in Böhmen und Mähren siedelten. Das Brudervolk der Slowaken mit ca. 2,8 Millionen bevölkerte das Agrarland Slowakei im Osten, während die Deutschen mit 3,5 Millionen vorwiegend in den Grenzregionen Böhmens und Mährens sowie in Tschechisch Schlesien im Norden wohnten. 600.000 Ungarn siedelten im Süden der Slowakei; den äußersten Osten bewohnten in Karpatho-Russland 400.000 Ukrainer/Ruthenen. 170.000 Polen bevölkerten den Norden; Juden und Ziganos verfügten über kein geschlossenes Siedlungsgebiet. Böhmen, Mähren und Tschechisch-Schlesien zählten bereits in der verblichenen K.u.K.-Monarchie zu den industriell und kulturell am höchsten entwickelten Regionen mit einer starken, demokratisch und internationalistisch orientierten Arbeiter-

<sup>5</sup> Vgl. G. W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt/M. 1955

<sup>6</sup> Zitiert nach NS-Schulungsbriefen, 1938

bewegung. Mit mehr als 140.000 qkm Fläche und einer auffallenden Ost-West-Ausdehnung<sup>7</sup> gehörten die westlichen Länder der ČSR zu den wohlhabendsten Gebieten Europas.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts organisierten tschechische und deutsche Arbeiter gemeinsame Streiks und Massenkundgebungen zu Gunsten qualitativ besserer materieller und kultureller Lebensbedingungen bzw. für sozialistische Ziele, vor allem in Nord-Böhmen. Die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsstätten stand im Programm.

Die enge Bindung der Arbeiterbewegung Böhmens und Mährens an Wien bzw. an die multinationale Mutterpartei machte die Forderung plausibel, 1918 die deutsch-besiedelten Gebiete Böhmens und Mährens dem nunmehr kleinen Österreich anzuschließen. Das akzeptierten weder die Siegermächte des Ersten Weltkrieges noch die in der ČSR dominierenden Tschechen. Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP) und die aus allen Völkerschaften der ČSR bestehende KPC wirkten nach anfänglichen Unruhen (tschechische Soldaten hatten in Verteidigung ihres Staates auf deutsche Demonstranten geschossen) höchst konstruktiv für die Minderheitenrechte im Rahmen der ČSR; die Menschenrechte in der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie waren gewährleistet. Die Deutsche Christliche Volkspartei und der Bund Deutscher Landwirte in der ČSR folgten dem Beispiel der Arbeiterparteien. Eine kleine Minderheit nationalistischer Deutscher (die Volks- und Grenz-Deutschen!) forderte, animiert vom VDA, die völlige Selbstbestimmung. Sie blieben ein Unruhefaktor, jedoch zunächst ohne nennenswerten Einfluss. Trotz einer nicht immer klugen Minderheitenpolitik der von großbürgerlichen und großagrarisches Kräften dominierten Prager Regierungspolitik blieb die ČSR bis zur kapitalistischen Weltwirtschaftskrise stabil.

Die deutschen Produktionsstätten mit ihrer traditionellen Exportorientierung gerieten auch nach der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise in Schwierigkeiten, weil die Ausfuhr ihrer Güter stagnierte; zudem war der Maschinenpark veraltet. Das brachte in den deutsch besiedelten Gebieten der ČSR ungleich größere Arbeitslosigkeit mit sich als in den von Tschechen besiedelten Regionen.

---

<sup>7</sup> Vgl. Atlas zur Geschichte, 2 Bde., Leipzig 1981, Bd. 2, S. 6 und 12. L. Knorr, Unser Nachbar ČSSR, Köln 1988, Kartenteil

Die Verantwortung trugen die deutschen Fabrikherren, nicht die Prager Regierung. Es war primär ein wirtschaftliches und soziales Problem, kein nationales! Der deutsche Minister Czech, Vorsitzender der DSAP, unterstützte zwar die Arbeitslosen materiell, das strukturelle Problem war damit jedoch nicht zu lösen<sup>8</sup>

Die NSDAP der ČSR und die Deutschnationale Partei operierten von Anfang an aus völkischen Gründen gegen den Staat ČSR, gegen „die“ Tschechen und gegen die Antifaschisten. Der Einfluss des reichs-deutschen VDA mit seiner Propaganda von der „Blutgemeinschaft“ wirkte zwar innerhalb der nationalistischen Gruppen, aber ohne Erfolg bei den demokratischen Parteien.

### **Die politische Wende in der ČSR nach 1933**

Die massiv gesteigerte Propaganda des faschistischen Deutschlands sowie die Finanzierung nationalistisch-„germanischer“ Parteien brachte mehrfache Wirkungen in der ČSR. Die beiden Parteien am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums standen vor dem Verbot – wegen erwiesener Verfassungsfeindlichkeit. Deshalb gründete man unter reichsdeutscher Regie eine völkische Sammelpartei, auch um die Basis der Anti-ČSR-Bewegung zu verbreitern. Deutschnationale, faschistische, rechtskonservative und der Heimat unkritisch verbundene Personen bzw. Gruppen schlossen sich 1933 in der „Sudetendeutschen Heimatfront“ zusammen, 1934 umbenannt in „Sudetendeutsche Partei“ (SdP). Der politisch unbelastete deutschnationale Turnlehrer K. Henlein amtierte als Vorsitzender, deshalb auch der Name „Henlein-Front“. Nun folgten Angriffe auf deutsche Antifaschisten, auf Tschechen als rassistisch „minderwertige“ Völkerschaft. Die „Saalschlachten“ erhielten historischen Rang, wobei die SdP bezahlte Schläger einsetzte, während die Linke auf kräftige Arbeiter angewiesen blieb.<sup>9</sup>

Die Goebbelschen Hetzsender fälschten das wirtschaftliche und soziale Problem der Deutschen in der ČSR in eine „nationales“ um und schoben „den“ Tschechen die Schuld an der Massenarbeitslosigkeit der Deutschen zu! „Die Tschechen unterdrücken und benachteiligen

---

<sup>8</sup> Deutsche Industrieherrn in der ČSR investierten nicht in die Modernisierung des Maschinenparks; durch Druck auf die Arbeiter realisierten sie ihren Mehrwert

<sup>9</sup> Vgl. L. Knorr, Antifaschistischer Widerstand in West-Böhmen, Frankfurt/M. 2006, S. 8/9



euch, weil ihr Deutsche seid“ hieß es. Auf das deutsche Landvolk und auf manche Arbeitslose in der ČSR wirkte das. Bei den Wahlen 1936 erreichte die SdP 44 von 66 Sitzen im Prager Parlament! Eine Steigerung der Aggressivität der Hitler-Verehrer in der ČSR war die Folge. Forderungen nach Autonomie der Deutschen in der ČSR wurden erhoben! Mit Massenkundgebungen verlieh man diesem den Staatsverband unterhöhrenden Ansinnen Nachdruck. Nach solchen Protesten folgten Attacken auf die tschechische Polizei, auf Grenz-wachen und vor allem auf deutsche Antifaschisten. Gleichlautende Parolen in Nord-, West- und Südböhmen verrieten die zentrale Steuerung der „Empörung“.<sup>10</sup>

Angriffe auf antifaschistische Versammlungen und Volkshäuser sowie auf Funktionäre der DSAP und der KPC führten dazu, dass man die „Rote Wehr“, später „Republikanische Wehr“ (RW) mit rein defensiven Aufgaben gründete<sup>11</sup>. In bedrohten Volkshäusern wachte eine ständige Bereitschaft von RW-Genossen. Bei Umzügen bildete die RW die Spitze und den Abschluss. Schon optisch bot die uniformierte RW den ständig angriffsbereiten SdP-Aktivisten Paroli. Gelegentlich kam es zu Zwischenfällen. Teile der Sozialistischen Jugend, unterstützt von gewerkschaftlichen Jung-Arbeitern, reagierten auf die veränderte Lage mit der Bildung speziell trainierter Gruppen; neue Kampfsportarten glichen die Minderheiten-Position aus. In manchen Dörfern waren die Gruppenabende gegen feindliche Übermachten abzusichern: mit offensiven Taktiken. Von SdP-Schlägern umstellte Jugendheime, in denen Versammlungen stattfanden, waren mit defensiven Praktiken nicht zu befreien! - Insgesamt glichen die Antifaschisten die quantitative Übermacht der Hitler-Anhänger mit verstärkter Entschlossenheit und Aktivität aus. Es ging nicht immer friedlich zu! Das lag nicht an den Antifaschisten; sie hätten die Diskussion bevorzugt. Ihre Abwehr, leider auch mit Gegengewalt, nahm an Wirkung zu<sup>12</sup>.

Die politische Frontstellung in der ČSR veränderte sich grundlegend, nicht zuletzt durch reichsdeutsche Einflussnahme. Es dominierte nicht mehr das konfrontative Gegenüber Proleten/Kapitalisten, ob-

---

<sup>10</sup> Vgl. W. Röhr, Verschwiegene Tatsachen, in: Osteuropa in Tradition Wandel, Berlin 1999, S. 222 ff. IMT, Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Nürnberg 1949, 24 Bde., Bd. III, S. 83 ff.

<sup>11</sup> Vgl. Seliger Gemeinde, Weg, Leistung, Schicksal, Stuttgart 1972, S. 383 ff.

<sup>12</sup> Wie Fußnote 8.

wohl der politische und gewerkschaftliche Kampf um mehr Rechte und bessere materielle Lebensbedingungen weiterging. Der feindliche Aufeinanderprall sah nun die Faschisten auf der einen Seite, auf der anderen deutsche und tschechische Antifaschisten. Das war die reale Frontlinie! Der von der Goebbelschen Propaganda behauptete und von der SdP-Leuten unkritisch nachgeplapperte prinzipielle „Gegensatz hier Deutsche, dort Tschechen“ existierte nicht!<sup>13</sup>

Die den SdP-Leuten suggerierte „nationale Frontstellung“ diente als geeignetes Mittel für einen völlig anderen Zweck! Weil die SdP-Mitglieder den Goebbelschen Irreführungen auf den Leim gingen, wähten sie sich „von den Tschechen verfolgt“, obwohl sie permanent die Störenfriede und Angreifer blieben. Zwar erkannten sie gelegentlich selbst, wer sich da als „unversöhnliche Feinde“ gegenüberstand; doch ihre Desorientierung war stärker.

### **Dominiert nun die Ökonomie oder die Politik?**

Die Linke der ČSR stand vor einem grundsätzlichen Problem, als Emigranten aus Berlin – nach Zuflucht im gastfreundlichen Vielvölkerstaat – neue Informationen über das faschistische Regime vermittelten. Bislang ging man im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus davon aus, dass die ökonomische Macht im Kapitalismus letztendlich ausschlaggebend ist, obwohl noch andere starke Einflüsse wirkten. So hatte man, wenn Analysen oder Aktionsstrategien zu erarbeiten waren, neben der Wirtschaftsmacht die Machtapparaturen des Staates und das wachsende Gegengewicht der Arbeiterorganisationen stets im Blick.

Nun aber berichteten die Genossen aus Berlin, dass sie nach längeren Beobachtungen neue Erfahrungen sammelten, die zwar noch nicht ausreichend verarbeitet seien, aber erste Konsequenzen aus der wahrscheinlich veränderten Lage zeichneten sich ab. Ausgewerteten Presseberichten und internen Informationen von Hitler-Gegnern – von national-liberalen Beamten im Staatsapparat – zufolge schienen die meisten strategisch schwerwiegenden Entscheidungen in engster Kooperation zwischen dem kleinen Führungskreis um Hitler und den Spitzenmilitärs zu fallen! Zwar blieben Hitlers Partner in der Industrie mit materieller Aufrüstung und der Zulieferung dafür befasst und

<sup>13</sup> Auch der SPD-Politiker P. Glotz verschwieg diese Realität in seinem mit vielen Irreführungen angehäuftem Buch „Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück“, München 2003.

spielten insofern eine höchst wichtige Rolle für die weitere Entwicklung. Aber in den Chefetagen des Bankwesens sowie in der Großindustrie saßen längst verlässliche NS-Parteimitglieder und hohe SS-Chargen, die im Sinne der NS-Partei- und Staatsführung wirkten bzw. kontrollierten. Wahrscheinlich fehlte das Vertrauen in die einst konservativen und deutschnational eingestellten Industriellen und Bankherren. Die Hugenbergs und Schachts, die im ersten Kabinett Hitlers die Mehrheit hatten und „den Führer“ an die Kandare nehmen wollten, seien entweder kalt gestellt oder in zweitrangige Positionen abgeschoben. Die Kontrolle der Gestapo richte sich keineswegs nur gegen die Arbeiterschaft! Nach Kenntnis solcher Entwicklungen sei der Eindruck entstanden, dass die wesentlichen Entscheidungen nicht mehr von der Wirtschaftsmacht des NS-Regimes ausgingen, sondern von der politischen Führung.

Zudem verwiesen die Genossen aus Berlin darauf, dass der preußisch-deutsche „Große Generalstab“ schon zu Kaisers Zeiten bis in die Weimarer Republik ein machtpolitisches Eigengewicht erreichte – im Unterschied zur Stellung der Generalität in traditionell bürgerlich-demokratischen Staaten<sup>14</sup>. Bei der Auslösung des Ersten Weltkrieges hätten preußisch-deutsche Generale den Kaiser massiv gedrängt, dass dieser nach dem Mord in Sarajewo die zögernden Habsburger Herrscher in Wien aufforderte, endlich den Krieg zu erklären: „Jetzt oder nie!“ Auch bei vorherigen Provokationen Englands oder Frankreichs wäre der Generalstab die drängende Kraft gewesen, obwohl auch ökonomische Interessen bzw. die veränderten wirtschaftlichen und demzufolge machtpolitischen Verschiebungen eine Rolle spielten.

Die Frage sei nun, ob die faschistische Herrschaftsform des Kapitalismus die Gewichte zu Lasten des Einflusses der Wirtschaft unter veränderten Bedingungen verschob und im speziellen Fall der Politik das Primärgewicht zuordne? Das widerspräche allen bisherigen Erfahrungen und Theorien der Sozialisten.

---

<sup>14</sup> Vgl. W. Görnitz, Der deutsche Generalstab, Stuttgart 1951. Die Militarisierung der Gesellschaft mit dem Vorrang der Streitmacht vor allen anderen staatlichen Einrichtungen sowie mit prioritärem Einfluss auf die Politik erreichte unter Feldmarschall H. v. Moltke um 1860 einen ersten Höhepunkt. Nach 1970/71 steigerte sich dieser Einfluss auf Kaiser und Politik.

In den deutsch besiedelten Gebieten der ČSR, besonders in Nord- und Westböhmen, trafen sich 1936 kommunistische, sozialdemokratische, trotzkistische und linkssozialistische Emigranten mit Ausstromarxisten und einheimischen Genossinnen und Genossen, um manche Probleme gemeinsam zu erörtern. Die schlimmen Erfahrungen mit dem Faschismus ließen manche Abgrenzungen nachgeordnet erscheinen.<sup>15</sup> In Eger z. B. diskutierte ein gemischter Kreis von Antifaschisten diese von den Berliner Emigranten vorgetragenen Informationen und Fragen.

In der Diskussion überwogen Positionierungen, nach denen beide Arbeiterparteien im Deutschen Reich 1933 von der falschen Bewertung ausgegangen seien, dass die Machtzuschiebung an Hitlers Adlatten lediglich ein „Führungswechsel innerhalb der Bourgeoisie“ bedeute. Diese falsche Analyse hätte unnötige Opfer gekostet. Bei einer realen Bewertung hätte der Widerstand andere, breitere Formen annehmen können. Erst nach den Drangsalierungen von Antifaschisten und Juden (beides oft deckungsgleich), nach dem wachsenden Terror und den Gleichschaltungen durch das Ermächtigungsgesetz sei der neue Charakter der Herrschaft erkannt worden: Eine letzte höchst brutale Möglichkeit des Kapitalismus, sein System contra sozialistische Arbeiterbewegung die den Anspruch auf Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie erhebt, zu behaupten! Die Alternative „Fortschritt zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei“ hätte das Kapital veranlasst, zum letzten Mittel zu greifen: absolute Diktatur zur Rettung der privilegierten Minderheit.

Zudem festigte sich zu spät die Erkenntnis, dass die faschistische Herrschaftsform nicht nur die Diktatur einer kleinen höchst aggressiven Minderheit im Interesse des Gesamtkapitals sei. Die lange vorher entstandene Massenbasis, mit der das Profitsystem auf neue Weise und mit neuen Kräften zu stabilisieren versucht wurde, hätte zeitiger die Bündnis- bzw. Volksfrontfrage stellen müssen! Neben der erkennbaren Kriegsorientierung gab es machtpolitisch unwesentliche, für die Menschen aber wichtige Zugeständnisse: Arbeit für (fast) alle, selbst wenn alles besonders durch Aufrüstung und strategischen Straßenbau auf die Vorbereitung kriegerischer Eroberungen ausgerichtet

---

<sup>15</sup> Das Bemühen, die Fehler von 1933 in Deutschland nicht zu wiederholen und parteiübergreifend zu kooperieren, war an der Basis relevant. Jedoch stritten sich die Führungen von DSAP und KPC, als wäre nicht ein übermächtiger Feind zu bekämpfen.

wurde. Trotz wirkender Klassenunterschiede täuschte man „Volksgemeinschaft“ vor.

Auf die Frage, ob die oft rational denkenden Kapitalherren die Abenteuerlichkeit von Hitlers Praktiken und Zielen kannten und deshalb der Politik zunächst die Hauptverantwortung überließen, erwiderten einige, dass der politische Irrationalismus der deutschen Kapitalherren bereits im Kaiserreich zu erkennen war und dass sich ihre „Rationalität“ vor allem auf die Erzielung von Maximalprofiten orientiere ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Folgen.<sup>16</sup>

Weil die dynamische Entwicklung der Produktivkräfte und die dem Kapitalismus eigene Krise in Deutschland 1933 die Alternative stellte „Fortschritt zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei“ und mit der kapitalistischen Verwertungslogik kein Ausweg aus der Krise zu finden war, gaben die Kapitalherren ihr machtpolitisches Primat an die Politik ab.

Einige Antifaschisten, die damals internationale Zeitungen lasen, berichteten vom sogenannten Staatsinterventionismus des US-Präsidenten Roosevelt. Er trachtete danach, ähnliche wirtschaftliche Abstürze wie von 1929 bis 1932 mit Massenelend durch staatliche Eingriffe zu verhindern. Nicht nur die Wirtschaft, auch der Staat sollte Arbeit schaffen! Zeichnete sich in den USA angesichts der Gefährdung der Profitwirtschaft durch Krisen und Massenarbeitslosigkeit nicht eine ähnliche Tendenz ab wie in Deutschland? Hitler schaffte Arbeit durch Aufrüstung und andere Kriegsvorbereitungsmaßnahmen. Roosevelt schaffte Arbeit durch allseits nützliche zivile Projekte. Hitler zerschlug im Interesse des Kapitals die Gewerkschaften. Roosevelt bezog sie in die Beseitigung von Krise und Krisenfolgen in seine Planungen ein. In jedem Fall eine starke Einschränkung der ökonomischen (Vor-)Macht, obwohl beides in widersprüchlicher Weise der Stabilisierung der Profitwirtschaft diente.<sup>17</sup>

In den Diskussionen überwog die Meinung, dass – vorbehaltlich weiterer genauerer Analysen – in der Tat eine Machtverlagerung im Faschismus innerhalb des profitwirtschaftlichen Systems von der Ökonomie zur Politik und zur Generalität stattfand, der permanenten

---

<sup>16</sup> Vgl. G. Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Berlin 1953.

<sup>17</sup> Erst viel später diskutierte man diese zwei Varianten kapitalistischer Politik unter dem Stichwort „rechter“ oder „linker“ Keynesianismus, vgl. F. Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1965, S. 209 ff. Ferner: P. Sering, Jenseits des Kapitalismus, Nürnberg 1946, S. 35 ff., S. 89 ff., S. 109 ff. und S. 126 ff.

Kriegsorientierung entsprechend. Das sei wahrscheinlich ein Spezifikum der faschistischen Herrschaftsform, die zusammen mit dem Ausbeutersystem kämpferisch zu überwinden sei. Der Faschismus mit seinem Nährboden sei eine historische Erscheinung mit einem Anfang und einem Ende!

### **Vormacht der Ökonomie oder der Politik in der ČSR?**

Die Diskussionen über die Machtverschiebung in Hitler-Deutschland führten zur Frage, wie im Vielvölkerstaat ČSR mit einer starken tschechischen Wirtschaft und einer etwas schwächeren, gleichwohl hochentwickelten deutschen Industrie, dem primär von Tschechen besetzten Staatsapparat und einer relativ starken Arbeiterbewegung die reale Macht verteilt sei. Wo blieb hier anzusetzen beim Kampf um bessere materielle und kulturelle Lebensbedingungen?

Der Vormacht des tschechischen Kapitals, wirksam primär in den böhmisch-mährischen Gebieten mit Wirkungen in die deutsch besiedelten Regionen und vermittelt durch die bürgerlichen Parteien und vor allem den Staatsapparat, stünde – so wurde argumentiert – die demokratisch-progressive Kraft der Arbeiterbewegung gegenüber. Letztere sei jedoch geschwächt durch die an Hitler orientierte SdP. Jedoch wirkten auch tschechische Demokraten und Teile des Staatsapparates einem absoluten Übergewicht des Kapitals entgegen. Die deutschen Industrieherrn führten einen Zwei-Fronten-Kampf einerseits gegen das tschechische Kapital, andererseits contra deutsche Antifaschisten. Letztere stellte man oft vor die harte Alternative, entweder der (gehorsamen gegenüber den deutschen Kapitalherren wirkenden) SdP beizutreten, oder den Arbeitsplatz zu verlieren!<sup>18</sup>

Der einflussreiche tschechische General Sirovy, erklärter Antifaschist mit Verdiensten für die „Wehrhaftmachung“ linksorientierter Jugendverbände gegen den zunehmende faschistische Gefahr, versuchte laufend, die tschechische Politik contra Risiken im eigenen Land und contra reichsdeutscher Aggressionsplanungen zu stärken. Er agierte für die Gemeinsamkeit aller antifaschistischen Kräfte und für die Erweiterung einer Gegenbewegung contra Einfluss der SdL. Im Offi-

---

<sup>18</sup> Dies war eine Massenerscheinung! Allerdings blieben viele derart gezwungene der DSAP treu und informierten sie häufig über Planungen der SdL, denen dann entgegengewirkt wurde.

zierskorps der ČSR, das z. T. nationalistisch orientiert war, fand er vor allem Aufmerksamkeit, wo es um die außenpolitische Gefahr ging. Bei den Soldaten blieb er mit Abstand der populärste General, wie Diskussionen in Prag, Brünn, Bratislava und Eger bestätigten. Das tschechische Proletariat verbanden gleiche Interessen mit den deutschen Arbeitern, während unterschiedliche zu den Unternehmern dominierten. Aber „den“ deutschen Proleten gab es durch die SdP nicht! Zwar unterstützte das tschechische Bürgertum - obwohl die Arbeiterorganisationen die Hauptlast trugen - auch Emigranten aus dem faschistischen Deutschland und dem kleriko-faschistischen Österreich, ebenso wie verwundete Interbrigadisten des spanischen Bürgerkriegs, es war auch gegen den Einfluss der von Hitler und Goebbels gestützten SdP zu gewinnen. Folgende Frage war aber zu klären: Meinten die Kapitalherren, ob auch ihre Pfründe im Faschismus erhalten blieben, weil trotz politischer Diktatur die auf Maximalprofit orientierte Wirtschaft bestätigt und sogar besser geschützt blieb als unter bürgerlich-demokratischen Bedingungen mit einer auf Vergesellschaftung der Produktionsmittel ausgerichteten Arbeiterschaft?

Nach längeren Erörterungen bestand kein Zweifel – das Primat der Politik, das im Faschismus relevant schien, gab es in der ČSR nicht! Hier herrschten Zustände, wie sie Sozialisten geläufig waren. Jedoch komplizierte der Vielvölkerstaat mit einer dominierenden tschechischen Wirtschaft plus Agrarsektor und einer schwächeren deutschen Ökonomie und einem Generalstab mit antifaschistischer Führung sowie einer Arbeiterschaft, die durch die SdP gespalten war, die Bewertung der Lage. Eindeutig sahen sich die tschechischen Kapital- und Agrarherren auch von der SDL bedroht: nicht aus klassenpolitischen Gründen, sondern aus nationalistischen und rassistischen.

Für die Aktionsstrategie der Antifaschisten ergab sich die politische Verteidigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie der ČSR mit ihrem Klassencharakter, weil hier der politische Handlungsspielraum aller Antifaschisten einschließlich der Arbeiterklasse gegeben war, während im Faschismus keine Chancen für Forderungen oder Entfaltungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung gegeben waren. Vorrangig blieb also der antifaschistische Kampf. Auf Bemühungen, die Lage der Arbeiter materiell und kulturell qualitativ zu

verbessern, wurde nicht verzichtet. Widersprüche, die sich aus dieser Lage ergaben, blieben zu ertragen.

### **Hitler brauchte „Bürgerkrieg“! Die SdP organisierte ihn!**

Die Lage in der ČSR veränderte sich dramatisch, als die NS-Führung mit ihrem zweiten Machtinstrument neben der NSDAP samt Nebenorganisationen, der auf Offensive getrimmten „Wehrmacht“, am 12.03.1938 das kleriko-faschistische Österreich überfallen ließ und einen Tag später „Groß-Deutschland“ ausrief<sup>19</sup>. Die Reaktion der Westmächte war wieder lahm! Sie hatten die forcierte deutsche Aufrüstung, die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes u. a. Provokationen und Verletzungen des Versailler Vertrages hingenommen, sodass nun zu fürchten war, dass die ČSR das nächste Opfer sein würde, ohne dass von Großbritannien und Frankreich ernsthafter Widerstand zu erwarten war. Diese März-Ereignisse blieben eine Ermunterung der faschistischen Führung für weitere Offensiven.

Dementsprechend steigerte die Führung der SdP ihre gezielten Provokationen gegen die Regierung der ČSR und ihre Sicherheitskräfte, aber auch gegen ihre antifaschistischen deutschen Widersacher<sup>20</sup>. Gendarmerieposten und Polizeistationen der ČSR, vermehrt nun auch Volkshäuser und antifaschistische Versammlungen, wurden von den, wie in eine Massenpsychose versetzten SdP-Aktivisten, überfallen. „Führer! Hol uns heim ins Reich!“ und „Wir können mit den Tschechen nicht mehr zusammen leben!“ lauteten die in Nord und Süd, in West und Ost übereinstimmenden, also eingetrichterten Parolen. Der Fanatismus wurde gesteigert! Die beiden deutsch-bürgerlichen Parteien der ČSR und viele Verbände schlossen sich nun der SdP an. Sie verfügte im Mai 1938 über 1 Million Mitglieder. Bei den Kommunalwahlen erreichte die SdP in den Landgebieten ca. 90 % der Stimmen! In vielen Städten verbuchten die Antifaschisten noch 20 %: die treuesten Anhänger mit gefestigter sozialistischer Haltung kämpften entschlossen weiter!<sup>21</sup>

<sup>19</sup> IMT o. a., Bd. II, S. 407 ff. und S. 455 ff. Herausgeber, Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Köln 1974, 4 Bde., Bd. 1, S. 109 ff.

<sup>20</sup> Wie Fußnote 10. Vgl. vom selben Verfasser: September 1938, Der Weg in den Krieg, Berlin 1989.

<sup>21</sup> IMT o. a., Bd. 3, S. 82 ff. Ferner: J. W. Brügel, Tschechen und Deutsche 1918-1938, 1967.



Weil Hitlers Drohungen immer massiver wurden und das Auftreten der SdP-Aktivisten immer brutaler, begannen die Antifaschisten mit Vorbereitungen für den illegalen Kampf nach der nun wahrscheinlicher werdenden Besetzung der ČSR. Wichtige Funktionäre sollten „für die Zeit nach Hitler“ emigrieren. Reichsdeutsche Emigranten berichteten über Fehler im Widerstand, die man vermeiden sollte<sup>22</sup>.

Der „Fall Grün“, den General Keitel im März 1938 präsentierte und den Hitler am 20.05.1938 unterzeichnete, bildete das Todesurteil für das letzte demokratische Bollwerk in Mitteleuropa. Kernsätze des Befehls lauteten: „Einerseits die Tschechei durch Drohungen einzuschüchtern und ihre Widerstandskraft zermürben, andererseits den nationalen Minderheiten Anweisungen zur Unterstützung des Waffenkrieges zu geben und die Neutralen in unserem Sinne beeinflussen“<sup>23</sup>.

39 Divisionen mit Panzern standen nun im Norden, Westen und Süden der ČSR zum Angriff bereit. Neben der militärischen Schlagkraft sollte – erstmals in der Kriegsgeschichte – der psychologische Zermürbungskrieg der Goebbelschen Propaganda „die Festung sturmreif schießen“ helfen, bevor die Truppe in Bewegung gesetzt wurde. Die SdP galt als wesentliches Element in diesem Plan: als „Trojanisches Pferd“ bzw. als „Fünfte Kolonne“, die von innen her mittels entsprechender Aktivität die erforderlichen Voraussetzungen für den Überfall schaffen sollte. Hitler wollte seine Attacke gegen die ČSR als Hilfe für die angeblich bedrohten „Sudetendeutschen“ erscheinen lassen, obwohl der (damals noch nicht öffentlich bekannte) Fall Grün das Gegenteil belegte! Die SdP sollte alles unternehmen, um gegenüber den Westmächten den Eindruck entstehen zu lassen, das „Sudetenland“ müsse durch den Willen des Volkes bzw. durch „Selbstbestimmung“ dem faschistischen Deutschland zugeschlagen werden! Hitler brauchte einen Bürgerkrieg in der ČSR, um das Ausland erpressen zu können für den Anschluss des „Sudetenlandes“ mit über 3 Millionen Deutschen. Nicht öffentlich genannt wurde das enorme wirtschaftliche Potenzial, die reichen Bodenschätze und die Devisenbestände. Ein strategisch höchst wichtiges Territorium für weitere Eroberungen sollte an den Aggressor fallen. Bedingungslos befolgte die Führung der SdP die Anordnungen Hitlers. Der „Bürgerkrieg“

<sup>22</sup> L. Knorr, Hitlers Plan und Henleins Partei, Frankfurt/M. 2007.

<sup>23</sup> IMT o. a., Dok. PS 388 und US 26; Bd. I, S. 408, Bd. II, S. 156. Herausgeber o. a., Bd. 1, S. 114. W. D. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln 1961, S. 363 ff.

war vorzubereiten. Auf dem Karlsbader Parteitag der SdP am 24.04.1938 forderte Henlein „die volle nationale Selbstverwaltung“ und „nur deutsche Beamte in deutschem Gebiet“ der ČSR sowie „volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung“.<sup>24</sup> Letztere enthielt Rassismus, Chauvinismus, Herrenmenschentum der deutschen Germanen und die Forderung nach zusätzlichem Lebensraum!

Es war eine gezielte Provokation!

Im Mai 1938 gründete die SdP auftragsgemäß den „Freiwilligen deutschen Schutzdienst“, der als bewaffnete Schlägertruppe gezielte Überfälle mit Schusswaffen auf Staatsorgane der ČSR und auf deutsche Antifaschisten durchführte. Damit überschritt man die Grenze der Organisationsfreiheit. Die Nähe zum „Bürgerkrieg“ war erkennbar.

Henlein weilte mehrfach zum Befehlsempfang in Berlin. Die „Eingliederung des böhmischen, mährischen und tschechisch-schlesischen Raumes in das Deutsche Reich“ schlug er Hitler bereits 1937 vor.<sup>25</sup>

Anfang Juni 1938 begann die intensive Militarisierung der SdP. Hitler benötigte vor dem Nürnberger Parteitag der NSDAP im September „Todesopfer“ in der ČSR als Beweis für die Notwendigkeit seiner Forderung hinsichtlich des „Anschlusses“ des „Sudetenlandes“. Als am 22.08.1938 tschechische Staatsorgane 26 Waffenschmuggler der SdP verhafteten, ließ Henlein zum „Recht auf Notwehr“ aufrufen. Neben Scheinverhandlungen, die die Führung der SdP mit der Prager Regierung führte, verabschiedete sie einen Geheimplan, der die „Auslöschung des Tschechentums ... als eigenständiges Volkstum“ vorsah. Weitere bewaffnete Attacken auf Staatsorgane der ČSR folgten.<sup>26</sup>

Vor dem September-Parteitag der NSDAP, an dem die SdP-Führung teilnahm, ließ Hitler die Zahl gewaltsamer Zwischenfälle steigern. Die Massendemonstrationen für den „Anschluss“ und bewaffnete Überfälle erreichten eine neue Dimension. Am 12.09. erklärte Hitler: „Die Deutschen in der ČSR sind weder wehrlos noch sind sie verlassen“. Er versprach „Hilfe!“. Das war das Signal. Nun versuchten SdP-Aktivisten Staatsorgane der ČSR zu entwaffnen und sich Amts-

---

<sup>24</sup> Vgl. W. Röhr, *Verschwiegene Tatsachen*, S. 226.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> Wie Fußnote 19.

gewalt anzueignen. Am 13.09.1938 verhängte die Regierung der ČSR reaktiv das Standrecht in den umkämpften Gebieten. Zwei Tage später war der Aufstand niedergeschlagen. Während der Goebbelssche Rundfunk die „Mordlust der hussitisch-bolschewistischen Soldateska“ anprangerte, floh die Führung der SdP am 14.09. nach Deutschland. Tausende Mitglieder der SdP flohen ebenfalls, auch solche, die in keiner Weise bedroht waren.

An den Grenzen warteten bewaffnete faschistische Abteilungen auf den Einsatzbefehl. Sie überfielen ungeschützte Orte im Grenzgebiet der ČSR, mordeten und verschleppten Antifaschisten, zerstörten Wohnungen und Grenzposten der ČSR. Am 01.10.1938 registrierte man 24.500 bewaffnete Kämpfer. In den zehn Wochen vor dem Münchener Abkommen ermordeten diese 110 deutsche und tschechische Antifaschisten; 2.029 Personen verschleppten sie über die Grenze – die Hälfte davon blieb verschollen, wahrscheinlich ermordet oder bei Verhören umgekommen!<sup>27</sup>

Die Mitglieder der SdP beteiligten sich mehr oder minder gewalttätig an der militärischen Zerschlagung einer funktionierenden Demokratie zu Gunsten der faschistischen Diktatur. Später verrieten sie verbliebene Antifaschisten an SS und Gestapo. An der Vorbereitung weiterer opferreicher Aggressionen nahmen sie bewusst teil!

### **Das Münchener Abkommen - Funktion und Folgen**

Der britische Premier N. Chamberlain verhandelte 1938 in Berchtesgaden und in Bad Godesberg mit Hitler. Gegenstand war dessen ultimative Forderung, das „Sudetenland“ an Deutschland abzutreten. Der Premier meinte, den Frieden zu retten, wenn er akzeptierte, denn Hitler drohte mit Krieg! Tatsächlich drängte die britische Regierung, die tschechischen, deutsch besiedelten Gebiete der ČSR an Deutschland abzutreten. Der entsandte Lord Runciman, der aufklären sollte, wirkte de facto im Sinne der britischen Erpressung. Hitler triumphierte!

Am 29.09.1938 vereinbarten Chamberlain, Daladier für Frankreich, Mussolini für Italien und Hitler in München, dass das „Sudetenland“ an Deutschland abzutreten sei! Vom 1.-10.10.1938 würde die Besetzung erfolgen. Dieser Vertrag kollidierte mit dem Völkerrecht, weil

---

<sup>27</sup> Wie Fußnote 22, S. 240.

er zu Lasten eines Dritten erfolgte: die Regierung der ČSR war nicht eingeladen!<sup>28</sup>

Der strategische Gewinn Hitler-Deutschlands für weitere Aggressionen war offenkundig. Die Ermutigung des Aggressors für weitere Eroberungen kam dazu. Knapp 400.000 Antifaschisten lieferte man dem Terror der NS-Barbaren aus, davon etwa 80.000 höchst kampfbereite! Das letzte demokratische Bollwerk Mitteleuropas jenen auszuliefern, die als Ziel „die Eroberung neuen Lebensraums im Osten“ angaben, konnte man das als „Friedenssicherung“ bezeichnen? Das Gegenteil stimmte! Jene Tschechen, die im „Sudetenland“ wohnten, vertrieb man mit dem wenigen, das in Koffern und auf kleinen Wägelchen mitzunehmen war. Manche flüchteten bereits vor dem Münchener Abkommen in die Mitte Böhmens und Mährens.

Der spätere britische Premier W. Churchill kritisierte Chamberlains Nachgeben: Er hätte auf die Einbeziehung der UdSSR bestehen müssen, die durch einen Beistandsvertrag mit der ČSR verbunden war. Die UdSSR hätte auf Prager Nachfrage ihre Hilfsbereitschaft erklärt, wenn man sie rufe! Chamberlain hätte Stalin indirekt empfohlen, einen anderen Verhandlungspartner als die Westmächte zu suchen (was dieser später auch tat<sup>29</sup>): Was Churchill nicht schreiben wollte (und konnte) war, dass der Münchener Vertrag - von den Tschechen als „Diktat“, von den Antifaschisten als „Verrat“ klassifiziert – die erkannte Aggressivität NS-Deutschlands zur eigenen Entlastung nach Osten kanalisierte. Westliche Politiker spekulierten offenbar darauf, als Schiedsrichter einzugreifen, falls das faschistische Deutschland und die UdSSR in einem Krieg sich gegenseitig schwächten<sup>30</sup>.

Der neue „Reichsgau Sudetengau“ registrierte, nachdem die SdP in die NSDAP integriert war, den absolut höchsten Prozentsatz an Parteimitgliedern: ein Beleg für die „Treue zum Führer“ und die Gesinnung der neuen Reichsbürger bzw. Volksgenossen. Sie blieben stolz auf ihre neue Staatsbürgerschaft.

Am 15.03.1939 besetzten deutsche Truppen die Rest-ČSR, die folgend als „Protektorat“ unterjocht und ausgeplündert wurde. Die Slowakei und Karpatho-Russland erhielten vorher von Berlin abhängige Regierungen.

<sup>28</sup> Vgl. W. d. Shirer, o. a. S. 363 ff.

<sup>29</sup> Vgl. W. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bern 1954, S. 115 ff. und S. 121 ff.

<sup>30</sup> Ebenda.

Die Dreieinigkeit von deutschen Kapitalherren, Generalität und NS-Führungsclique setzte nun mit neuem Elan ihre materiellen und ideellen Kriegsvorbereitungen fort. Statt das faschistische Deutschland mit Boykott zu isolieren, hatte man ihm geholfen! Der Faschismus schien den im Westen Herrschenden als das kleinere Übel als eine vom Volk kontrollierte bzw. selbstverwaltete Wirtschaft. Es dauerte lange, bis man begriff, wer der „Hauptfeind der Menschheit“ ist. Sehr, sehr spät einigte man sich auf die Anti-Hitler-Koalition!<sup>31</sup>

### **Geschichtsklitterung als Herrschafts-Instrument?**

Das vom Bund der Vertriebenen (BdV) geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ und die vorgezogene Ausstellung „Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ ist zweifellos ein Gipfel von Geschichtsfälschung und Bagatellisierung oder Verschweigung der Einmaligkeit von NS-Verbrechen.

Verständlicherweise: NS-Ideologen wiesen den Weg:

Prof. Rauschhofer beriet Henleins Stellvertreter, K. H. Frank, der zugleich als Staatssekretär im „Protektorat“ wirkte; nach 1945 Antreiber völkischer Kräfte in Österreich und in der Alt-BRD, sowie E. Lemberg, Propagandist der Sudetendeutschen Freikorps und folgend Karrierist in Hitler-Deutschland; nach 1945 Verfasser des „Ostkundeunterrichts“ für Schulen in der Alt-BRD!<sup>32</sup> Die Täter als zu entschädigende Opfer auszugeben, war von Anfang ihr Ziel.

Im Folgenden sind jedoch die jüngeren offiziellen Akte des modernen Geschichtsrevisionismus bzw. der Neu-Interpretation von deutscher Geschichte einschließlich Völkerrecht und Grundgesetz zu kritisieren. Der Schwerpunkt der nicht neuen Ausblendung der Täterschaft der schrecklichen Verbrechen von 1933 bis 1945 bzw. der Einengung auf „Hitler und seine engsten Berater“ wird nach 1989/90 gesetzt, obwohl damit bereits nach 1945 begonnen wurde<sup>33</sup>.

---

<sup>31</sup> Vgl. D. Issraelian, Die Anti-Hitler-Koalition, Moskau 1975.

<sup>32</sup> Meist verschweigt man die faschistisch geprägten Stichwortgeber, wenn man deren Verschleierungsthesen weitervermittelt!

<sup>33</sup> Vgl. H. Herr/K. Naumann, Hrsg., Vernichtungskrieg, Hamburg 1999, S. 531 ff. und S. 620 ff. Solche Ablenkungsversuche ergänzten viele Illustrierte der 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts durch Berichte über die „saubere“ Wehrmacht. In jüngster Zeit durch Film- Dokumentationen von G. Knopp: Geschichte reduziert man auf Geschichten

Was z. B. die Enquete-Kommission des Deutsche Bundestags hervorbrachte<sup>34</sup>, belegt ein antikommunistisches Weltbild, das vor allem durch das sachlich falsche und auf Irreführung angelegte „Totalitarismus“-Theorem seine aktuelle Ausprägung erhält<sup>35</sup>. Wenn „Aufarbeitung und Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen ... Teil des demokratischen Selbstverständnisses“ sein soll, setzt man den auf das absolute Befehl/Gehorsam-System gegründeten deutschen Faschismus fälschlich gleich mit dem auf Emanzipation aller Menschen und Völker gerichteten Sozialismus (auch wenn Fehler, Irrtümer und sogar Verbrechen in der Stalinzeit das menscheits-geschichtliche Ziel der Überwindung von Ausbeutung und Krieg zeitweise verdunkelten). Es zeigt sich, dass in der Geschichtspolitik der BRD längst eine Große Koalition am Wirken ist!

Insofern brauchte niemand Illusionen zu hegen, als die Schröder/Fischer-Regierung am 04.07.2002 den Deutschen Bundestag über das Projekt „Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“ abstimmen und es auf den Weg bringen ließ. Es sollte eine Art Korrektur des Plans des Bundes der Vertriebenen sein, weil letzterer im In- und Ausland massiv attackiert wurde. Jedoch: schon die Übernahme des die Schuld auf andere abladenden Begriffs „Vertreibung“ statt „Transfer“, wie im Potsdamer Abkommen der Siegermächte vom 02.08.1945 fixiert, weckte Misstrauen. Der angekündigte Plan, „einen europäischen Dialog zu beginnen“, enthielt einen positiven Ansatz. Die nun öffentliche Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ samt Begleitbuch belegt allerdings, dass man den Geschichtsrevisio-nismus weiterführt und den gepriesenen „europäischen Charakter“ verfehlt hat!

Hätte man das Potsdamer Abkommen, das vom Bund der Vertriebenen bewusst ausgeklammert wird, und alle seine Signaturmächte eindeutig als historischen Ausgangspunkt gewählt, dann wären die völkerrechtlichen Grundlagen der Umsiedlungen ins Blickfeld gerückt und die NS-Verbrechen als Ursache der Transfers und der Weltfrieden als deren Ziel klar zu benennen gewesen. Die Unruhestifter in

---

bzw. auf Einzelschicksale, wobei die Ziele der damals agierenden Staaten völlig ausgeblendet sind!

<sup>34</sup> Vgl. L. Elm, Was erinnern und wie gedenken? Jena 2005. Dort Kritik an beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur „SED-Diktatur“.

<sup>35</sup> Vgl. M. Greiffenhagen/R. Kühnl/J. B. Müller, Totalitarismus, München 1972.

Deutschlands Nachbarstaaten sollten in einem kontrollierten deutschen Staat wohnen! Fehlanzeige! Lediglich eine Alibi-Person aus einem kleinen mittelosteuropäischen Staat bezog man bei Randproblemen ein!

Die international geprägte Arbeiterbewegung ist nicht erwähnt, obwohl sie (von der Haltung ihrer rechten Führer 1914 abgesehen) dem Nationalismus entgegenwirkte. „Den“ Tschechen wird – wie beim Bund der Vertriebenen! – unterstellt, sie strebten einen „ethnisch homogenen Nationalstaat“ an; deshalb: „Vertreibung“!

Historisch falsch! Die Entwicklung der ČSR bis 1938 belegt etwas ganz anderes. Die Frontstellung, die ab 1933 in der Gesellschaft der damaligen ČSR war: bürgerliche Demokratie oder faschistische Diktatur! ist in der Ausstellung ausgeklammert.

Die Ausstellungsgestalter unterstellen eine Nation als Blutsgemeinschaft (wie auch im Grundgesetz der BRD einer inhumanen Tradition folgend fixiert) und klammern die reale Alternative seit 1789 aus: eine Staatsgemeinschaft, in dem Menschen unbeschadet ihrer ethnischen Abstammung gleichberechtigt zusammen leben. Zwar erwähnt man als Ursache der Umsiedlungen die NS-Verbrechen. Aber die Kräfte in der damaligen ČSR – insbesondere die SdP, die an der Vorbereitung und Ausführung beteiligt waren, sind nicht erwähnt. Ebenso bleibt die Rolle der Ex-Nazis bei der Rechts-Entwicklung der Alt-BRD im Dunkeln.

Viele historische Fehler, oft analog zu den Irreführungen in der Ausstellung der BdV, sind wahrscheinlich dadurch zu erklären, dass der für die offizielle Ausstellung verantwortliche Prof. H. Schäfer zugleich Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der BdV-Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“ ist!!!

Da bleibt zu fragen, ob die damalige Bundestagsmehrheit, die das „Europäische Zentrum“ beschloss, das erstrebte, was jene präsentieren, die von den völkisch-faschistischen Ideen der Raschhofer und Lemberg beeinflusst sind.

### **Warum „Neu-Interpretation“ der deutschen Geschichte?**

Zum Schluss einige Bemerkungen zu den Funktionen des modernen Geschichtsrevisionismus. Zweifellos ist ihm eine systemstabilisierende Aufgabe zugeordnet: die Verteufelung der Systemalternative,

vor allem die auf deutschem Boden („Delegitimierung“), soll die Menschen davon abhalten, angesichts der zunehmenden Unerträglichkeiten und Elendsproduktion der globalisierten Profitwirtschaft nach einer humanen Alternative zu streben.

Der anhaltende Versuch der Schäuble, Hundt, Thomann u. a., eine „nationale Identität“ zu stiften<sup>36</sup>, auch um klaffende soziale Widersprüche zu verdecken und das Volk auf die expansive Politik zu orientieren, geht in dieselbe Richtung. Eine „historische Kontinuität“ der deutschen Entwicklung vorzutäuschen, ist ein Ziel, obwohl die Brüche von 1918, 1933 und 1945 kaum wegzuretuschieren sind.

Die dunkelste Zeit der Deutschen versucht man auch deshalb in ein mildes Licht zu rücken, um eventuelle Blockaden für die erstrebte Großmachtrolle zu beseitigen. Gewiss sollen auch Führungspersonen in NS-Deutschland und in der Alt-BRD entlastet werden, die beim erfolgreichen Versuch, deutsche Ziele nun „europäisch“ zu verfolgen, maßgeblich beteiligt waren. Deshalb ein neu interpretiertes Geschichtsbild. Man könnte auch sagen: ein Verfälschtes! Schiebt man ferner die „Schuld“ für die Aussiedlungen den anderen zu, ist die gleichberechtigte Einordnung der Deutschen in die Europäische Gemeinschaft leichter, trotz des deutschen Sonderwegs von 1789 bis 1945<sup>37</sup>. Mit Manipulationen der deutschen Historiografie einher geht die Umdeutung von Völkerrecht und Grundgesetz: die BRD wird nunmehr am Hindukush „verteidigt“, der Sozialstaat „gesichert“ durch seinen Abbau und das Kriegsverbot der UNO-Charta mutiert zur „Friedens erzwingung“ zu Gunsten von Kriegen als Sicherung der Menschenrechte!

\*

---

<sup>36</sup> Solche Versuche sind nicht neu: vgl. W. Weidenfeld, Hrsg.: Die Identität der Deutschen, München 1984. Damals bemühte sich Kanzler Kohl um eine „nationale Identität der Deutschen“.

<sup>37</sup> Dazu R. Kühnl, Deutschland seit der Französischen Revolution, Heilbronn 1995.